

Presse-Info
26.12.2009

SPERRFRIST: Freitag, 26.12.2009, 12 Uhr

Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern: Bayern bleibt Spitze, Berlin weiter Schlusslicht, neue Länder schließen auf

In der heute veröffentlichten aktuellen Ausgabe der Studie "Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern" führt erneut Bayern den Vergleich der Länder an, vor Baden-Württemberg. Die wirtschaftliche Freiheit in den ostdeutschen Ländern ist im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern, vor allem deshalb, weil die Staatstätigkeit in den neuen Ländern erheblich größer ist.

Die neuen Länder haben jedoch den Rückstand von 1994 bis 2007 erheblich verringert und allesamt Berlin bereits überflügelt – die Hauptstadt lag zu Beginn der Erhebungen noch auf Platz 11 und steht seit 2002 auf dem letzten Rang (16); insbesondere Thüringen und Brandenburg haben fast zu der unteren Gruppe der alten Länder aufgeschlossen, die durch Bremen und Hamburg verkörpert wird.

Auffällig ist weiter, dass der Abstand zwischen dem Durchschnitt der alten und der neuen Länder immer kleiner geworden ist (jetzt 1,1 Indexpunkte); zwischen dem Spitzenreiter und dem Schlusslicht unter den Ländern, Bayern (7,6) und Berlin (5,1), ist der Abstand hingegen deutlich größer.

Der Grad der wirtschaftlichen Freiheit wird dabei anhand einer Skala von 0 bis 10 bewertet; 10 steht für ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit.

„Erfreulich ist“, so **Dr. Detmar Doering**, Leiter des Liberalen Instituts der Stiftung für die Freiheit, „dass im neuen Erhebungszeitraum alle Länder eine positive Tendenz aufweisen. Den größten Sprung machte dabei Sachsen, das sich um 0,6 Punkte verbesserte, den kleinsten Schritt nach vorne verzeichnen wir mit 0,1 Punkten bei Niedersachsen.“

Schlusslicht bleibt Berlin, so Doering, "weil dort der Staatskonsum besonders hoch ist, besonders viele staatliche Subventionen bezahlt werden und ein besonders großer Teil der Erwerbstätigen beim Staat beschäftigt ist."

Das Ranking der Länder (Vorjahresplatz in Klammern):

Wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern – Ranking 2007

1. (1)	à	Bayern
2. (2)	à	Baden-Württemberg
3. (4)	á	Rheinland-Pfalz
4. (3)	â	Schleswig-Holstein
5. (5)	à	Niedersachsen
6. (7)	á	Saarland
7. (6)	â	Hessen
8. (9)	á	Nordrhein-Westfalen
9. (8)	â	Hamburg
10. (10)	à	Bremen
11. (11)	à	Thüringen
12. (12)	à	Brandenburg
13. (13)	à	Mecklenburg-Vorpommern
14. (14)	à	Sachsen-Anhalt
15. (15)	à	Sachsen
16. (16)	à	Berlin

Wirtschaftliche Freiheit ist dann gegeben, wenn die Menschen unbeeinflusst durch Zwang ihren Geschäften nachgehen, ihre Arbeitskraft und Güter nutzen und Güter produzieren oder tauschen können. Die wirtschaftliche Freiheit kann durch Regierungen und Parlamente vermindert werden, die durch Besteuerung sowie direkte oder indirekte Eingriffe in Märkte die Tauschfreiheit beeinflussen oder behindern. Die wirtschaftliche

Freiheit ist aber auch dann nur eingeschränkt gegeben, wenn die Eigentumsrechte der Menschen vor Raub und Diebstahl nicht hinreichend geschützt sind.

2007 war das erste Jahr, in dem sich die im Zuge der Föderalismusreform I beschlossenen Änderungen auf die Indikatoren zur Messung wirtschaftlicher Freiheit auswirken konnten. Die Auswirkungen der durch die Finanzkrise ausgelösten tiefen Wirtschaftskrise sind in dieser Studie angesichts der Datenbasis 2007 noch nicht enthalten. Sie werden auf die hier gemessene wirtschaftliche Freiheit voraussichtlich starke Auswirkungen haben.

Die Autoren der Studie sind **Roman Bertenrath** (Dipl.-Kfm. und Rechtsanwalt, Mitarbeiter der IW Consult GmbH, Köln), **Dr. Clemens Fuest** (Professor of Business Taxation und Research Director am Centre for Business Taxation der Universität Oxford sowie Direktor des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln) und **Patrick Welter** (Diplom-Volkswirt, Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung).

Die Autoren weisen darauf hin, dass mehr wirtschaftliche Freiheit Hand in Hand geht mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen, mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum und einer niedrigeren Arbeitslosigkeit.

Die Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit über die wirtschaftliche Freiheit in den Bundesländern hat in den vergangenen Jahren eine erfreulich große Aufmerksamkeit gefunden. In diesem Jahr haben wir sie auf der Datenbasis des Jahres 2007 aktualisiert.

Hinweis: Unter presse.freiheit.org finden Sie ergänzende Materialien zu dieser Pressemitteilung:

- die vollständige Studie als PDF
- weitere Tabellen/Grafiken

- 4 -

- Daten der einzelnen Bundesländer
- Interview mit Dr. Detmar Doering, Leiter des Liberalen Instituts (Print und Audio)
- O-Töne zur Studie und zur Lage in den einzelnen Bundesländern